

Die »Neue Seidenstraße« CHANCE ODER GEFAHR?

Zwar ist die Seidenstraße schon vor Jahrhunderten in der Bedeutungslosigkeit versunken. Doch seit 2013 überspannt die chinesische Regierung in einem Megaprojekt viele Teile der Welt mit neuen Routen für Verkehr, Waren und Rohstoffe. Und beruft sich dabei auf das legendäre historische Handelsnetz. Ein Gespräch über die Geschäfte eines totalitären Staates

INTERVIEW: Anja Fries und Samuel Rieth

GEOEPOCHE: Frau Shi-Kupfer, nahezu die ganze Welt spricht mittlerweile von der »Neuen Seidenstraße«. Was hat es damit auf sich?

PROF. DR. KRISTIN SHI-KUPFER: Die Seidenstraßen-Initiative ist ein gewaltiges Infrastrukturprojekt der chinesischen Regierung. Und zudem ein Prestigeprojekt von Staatspräsident Xi Jinping: Er persönlich hat es mit Hilfe seiner Berater entworfen und am 7. September 2013 in einer Rede an der Nasarbajew-Universität in Kasachstan öffentlich gemacht. Chinesische Infrastruktur und Technologie wird dabei ins Ausland exportiert, dort implementiert und ausgebaut. Dazu gehören aber auch Investitionen in eine Eisenbahnverbindung quer durch Eurasien, die im chinesischen Chongqing beginnt, unter anderem Kasachstan durchquert und 11 000 Kilometer weiter westlich im Hafen von Duisburg endet.

Welche Ziele verfolgt China mit dem Projekt?

Das Land will sich vor allem neue Märkte für seine Produkte erschließen, sich Zugang zu dringend benötigten Rohstoffen verschaffen und arbeitsintensive Industrien aus dem eigenen Land auslagern, um billiger produzieren zu können.

Wie viele Staaten sind involviert?

Mittlerweile haben sich etwa 150 Länder beteiligt – einige ältere Projekte mitgerechnet, die man nachträg-



PROF. DR. KRISTIN SHI-KUPFER
Die Expertin für die Politik und Gesellschaft Chinas lehrt Sinologie an der Universität Trier. Sie ist zudem Beraterin verschiedener Institutionen, unter anderem des Bundeswirtschaftsministeriums

lich eingegliedert hat. Tatsächlich ist mit Ausnahme von Australien und Nordamerika nahezu die ganze Welt involviert: Die Seidenstraßen-Initiative betrifft Asien, Europa, Afrika und Lateinamerika. Sie hat eine globale Dimension.

Im Gegensatz zur alten Seidenstraße, deren Routen allein Asien querten. Knüpft die Neue Seidenstraße wirklich an das historische Handelsnetz an – oder dient der Begriff nur PR-Zwecken?

Zwar überlappen sich manche der neuen Routen mit den einstigen Handelswegen. Aber der PR-Zweck ist sicher vorrangig. Zum einen, um das Projekt nach außen zu verkaufen als etwas, das positiv-verklärende Assoziationen weckt und von dem alle Beteiligten in einem friedlichen Austausch von Waren und Ideen profitiert haben. Aber auch, und vielleicht noch wichtiger, um es nach innen zu verkaufen. Die alte Seidenstraße hat China reich gemacht, nicht nur wirtschaftlich, auch ideell. Unter den Tang- und Song-Dynastien – also etwa vom 7. bis 13. Jahrhundert christlicher Zeitrechnung – erlebte China eine große Blüte, war so weltoffen wie nie zuvor. Bei der Veröffentlichung der Pläne Xi Jinpings 2013 gab es nämlich durchaus Stimmen in China, die gefragt haben, warum man das ganze Geld nicht verwendet, um erst einmal Infrastrukturprojekte im eigenen Land zu finanzieren oder die Sozialkassen aufzufüllen.

Und diesen Stimmen wollte man mit dem Rekurs auf die alte Seidenstraße und deren Glanz und Verheißungen begegnen?

Genau. Inzwischen sind ablehnende Meinungen aber öffentlich kaum mehr hörbar. Die Gleichschaltung der Medien und auch der Wissenschaft hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Wer heute die Neue Seidenstraße kritisiert, der kritisiert im offiziellen Verständnis Xi persönlich. Das wagt keiner.

Ist es nicht seltsam, dass ausgerechnet die Kommunistische Partei Chinas für ihre Außen- und Wirtschaftspolitik auf eine jahrhundertealte Institution wie die Seidenstraße zurückgreift?

Nein, Xi Jinping ist einfach pragmatisch. Er pickt sich das aus der Geschichte des kaiserzeitlichen China heraus, was ihm nützlich scheint. Beispielsweise kann er sich so geschickt als wohlwollender Staatslenker präsentieren, der wie damals die großen Kaiser der Tang-Dynastie für eine weitere Blüte Chinas sorgen wird. Die Übernahme historischer Begebenheiten in die eigene Erzählweise hat Tradition in der KPCh.

Was bedeutet die Seidenstraßen-Initiative für die jungen Staaten Zentralasiens, also für Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan? Sie haben ja erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 die Unabhängigkeit erlangt – und sind nun teilweise direkte Nachbarn des aufstrebenden China.

Das ist sehr ambivalent. Einige dieser Staaten haben das Engagement Chinas für den Ausbau von Straßen, Krankenhäusern oder auch Telekommunikationsnetzwerken durchaus begrüßt. Auch aus Mangel an anderen Finanzierungsmöglichkeiten. Wenngleich nicht immer die lokale Wirtschaft daran beteiligt war: Die Aufträge sind häufig an chinesische Unternehmen und Zulieferbetriebe verteilt worden.

Die Firmen vor Ort hatten also das Nachsehen?

Bei vielen Projekten offensichtlich ja. Dennoch hat China durchaus zur Entwicklung der Infrastruktur in den Ländern Zentralasiens beigetragen. Gleichzeitig hat es aber mit seinen Bauvorhaben auch erheblichen Einfluss auf die Innenpolitik dieser Länder genommen. Ob ein Projekt realisiert werden kann oder nicht, ist auch dort etwa zu einem gewichtigen Faktor im Wettkampf zwischen einzelnen Politikern und Regionen geworden.

Nicht wenige Partnerländer geraten zudem durch Verschuldung in Abhängigkeit, denn finanziert werden die Bauprojekte meist mit chinesischen Krediten.

Ich persönlich glaube nicht, dass es die wichtigste Intention Chinas war oder ist, Länder in eine finanzielle Abhängigkeit zu bringen. Die beteiligten Staaten wussten ja auch schon oft, worauf sie sich einlassen. Allerdings haben sie sicherlich nicht so starken Nutzen daraus ziehen können, wie sie es selbst erhofft hatten und wie China es suggeriert haben mag. Man kann auch nicht sagen, dass sie nur Nachteile erlitten hätten.

Hat denn China selbst davon profitiert?

Wirtschaftliche Gewinne gab es laut den mir bekannten Studien bisher eher nicht, aber das Land konnte zweifelsohne seinen geopolitischen Einfluss vergrößern.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Neuen Seidenstraße und dem, was in der Region Xinjiang in Nordwestchina geschieht? Seit Jahren kommt es dort zu massiven Menschenrechtsverletzungen gegen die muslimischen Uiguren und auch gegen Kasachen – und Xinjiang ist geografisch ja Chinas Tor nach Westen.

Ich denke schon, dass da eine gewisse Verbindung existiert. Aus Sicht Beijings muss Xinjiang stabil sein, kann man sich dort keine Unruhe leisten.

Was für eine Unruhe?

Darunter versteht die Regierung alles von der legitimen Forderung nach Mitbestimmung und freier Religionsausübung bis hin zu extremistischen Anschlüssen von militanten Separatisten. Letzteres war zwar eine reale Bedrohung – sie darf allerdings niemals Internierungslager rechtfertigen, in denen Hunderttausende Menschen misshandelt worden sind. Für das totalitäre Regime in Beijing ist aber jedes Mittel recht, um die Region so umfassend und nachhaltig wie möglich „zu befrieden“. Dazu gehört auch die digitale Überwachung ganzer Bevölkerungssteile.

Wie reagieren die Staatshäupter der zentralasiatischen Länder, in denen ja auch Kasachen und Uiguren leben, darauf?

Die Regierung in Kasachstan verhält sich sehr ambivalent. Im Rahmen der Vereinten Nationen hat sie sich enthalten, will keine Position gegen China beziehen. Andererseits hat sie jüngst kasachischen

• Einige Staaten haben das Engagement Chinas durchaus begrüßt •

Flüchtlings, auch nach anhaltenden Protesten im Land, Asylstatus gewährt. Damit hat Kasachstan die Verbrechen in den Lagern indirekt anerkannt. Und ist dafür durch Beijing auch prompt wirtschaftlich abgestraft worden.

Hängt das öffentliche Leisetreten auch damit zusammen, dass alle fünf zentralasiatischen Republiken mindestens autoritär, wenn nicht sogar wie China totalitär regiert werden?

Möglich. Aber nicht nur die Regierungen dieser Länder, sondern auch andere muslimische Staaten haben den Umgang mit den Uiguren nie wirklich öffentlich kritisiert, um China nicht gegen sich aufzubringen. Das macht es aus Sicht Beijings wiederum leicht, die Verurteilung seitens der liberalen Demokratien als verzerrte westliche Wahrnehmung darzustellen.

Wie passt es zusammen, dass in Xinjiang brutale Unterdrückung herrscht, die chinesische Regierung dort aber gleichzeitig massiv die Wirtschaft fördert?

Sie fährt da zweigleisig. Ihre Doktrin lautet: Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung gehören zusammen, und dafür ist es notwendig, „Unruhe stiftende Elemente“ – wie die Regierung all jene Menschen nennt, die sie dort interniert hat – „umzuerziehen“ und zu loyalen und gesetzestreuen Bürgern zu machen.

Die Neue Seidenstraße ist insgesamt also nicht die gewaltfreie, partnerschaftliche Handelsinitiative, als die sie offiziell präsentiert wird?

Nein, sie ist kein rein friedliches Projekt, bei dem sich alle Seiten transparent und offen begegnen. Allerdings zwingt China zumindest keinen anderen Staat zur Teilnahme. Dass die Länder freiwillig mitwirken, daran trägt auch der Westen eine Mitverantwortung. Wir haben es bis vor Kurzem nicht geschafft, ähnlich strategisch zu denken wie China und vergleichbare Initiativen als Alternativen aufzusetzen.

Etwa die von den G7-Staaten aufgelegte „Build Back Better World“-Initiative, bei der es vor allem um Strukturhilfen für einkommensschwache Länder geht.

Die erst 2021 verabschiedet wurde, ja. Selbstkritisch betrachtet, ist China mit der Neuen Seidenstraße schlicht in eine Lücke gestoßen, die die liberalen Demokratien lange Zeit nicht besetzt haben.

Gleichzeitig wächst der chinesische Einfluss auch in den westlichen Demokratien selbst. China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner; Duisburg gilt als ein Ende der Neuen Seidenstraße in Europa. Und in Hamburg steigt die chinesische Staatsreederei Cosco nun wohl doch im Hafenterminal Tollerort ein. Kritik daran kam von sehr hoher Stelle, von Wirtschaftsminister Robert Habeck und Außenministerin Annalena Baerbock. Zu Recht?

Absolut. In der ursprünglichen Konstruktion hätte China sogar den Geschäftsführer gestellt und eine Sperrminorität gehabt. Es hätte noch viel größere Einflussmöglichkeiten gehabt als bei der jetzt gefundenen Kompromisslösung. Brisant ist: Hamburg steht in einer ganzen Reihe von Hafen-Investitionen, die China bereits in anderen europäischen Ländern getätigt hat. Cosco ist zum Beispiel schon in Rotterdam und Antwerpen präsent, in Piräus sogar Mehrheits-eigner. Mit solchen Investitionen kann ein erheblicher Einfluss auf Geschäftsprioritäten genommen werden. Nicht das einzelne Projekt zählt, sondern die großen Ambitionen Chinas, die mit der Seidenstraßen-Initiative verbunden sind.

Welche Ambitionen sind das?

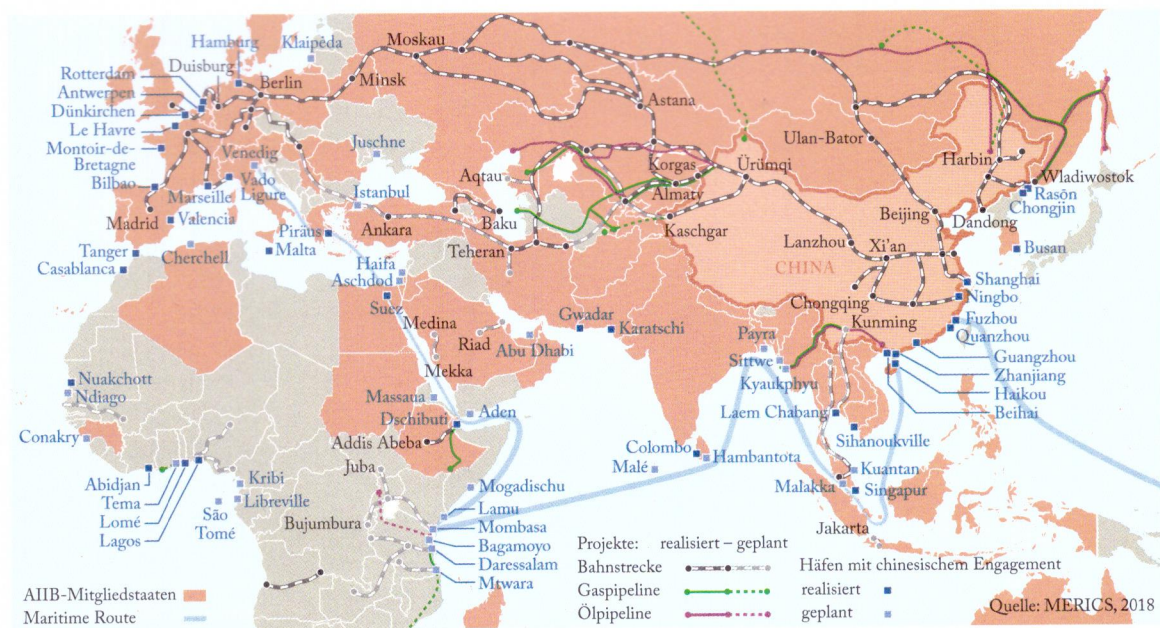
Ein weltumspannendes Netzwerk von chinesischer Infrastruktur und Technologie aufzubauen. Deswegen ist es so wichtig, genau hinzuschauen, wer die beteiligten Firmen aus China sind, das eben im Unterschied zu anderen investierenden Ländern wie etwa den USA kein Rechtsstaat und wesentlich weniger transparent ist. Denn viele dieser Unternehmen sind Staatskonzerne oder mit diesen verknüpft. Letztendlich handeln sie dann oft im Auftrag der chinesischen Regierung.

Was ist deren Ziel? Die USA als globale Supermacht abzulösen – oder vor allem den wirtschaftlichen Aufstieg fortzusetzen und den eigenen Status als dominante Regionalmacht abzusichern?

Das eine schließt das andere nicht aus, beides bedingt sich ja gewissermaßen gegenseitig. China möchte sich neue Absatzmärkte schaffen und seinen wirtschaftlichen Aufstieg fortsetzen. Mit dem ökonomischen Machtzuwachs geht aber einher, dass es seine eigenen Ordnungsvorstellungen auch geopolitisch stärker als bisher etablieren will. Nicht um als eine Art Weltpolizei aufzutreten. Es geht Beijing darum, mit den Vereinigten Staaten mindestens auf Augenhöhe zu agieren.

• Wir müssen mit sehr, sehr klaren roten Linien in die Zusammenarbeit gehen •

KERNGEBIET DER »NEUEN SEIDENSTRASSE«



ZU LAND UND ZU WASSER knüpft China seit 2013 massiv Handels- und Verkehrsverbindungen, um sich unter anderem neue Märkte zu erschließen. Viele dieser Projekte werden durch die chinesisch geführte Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) mit Sitz in Beijing finanziert, zu deren Mitgliedern allerdings auch zahlreiche weitere Staaten gehören, etwa Deutschland

Und sich selbst auch als Gegenmodell zu den USA anzubieten?

Insbesondere bei der Kooperation mit Ländern im globalen Süden präsentiert sich China in der Tat schon als wirtschaftliche und politische Alternative. Die Botschaft lautet: Wir haben das effizientere System, Demokratien sind in der Krise und nicht in der Lage, so rasch und stringent auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren wie wir. Dabei wird aber keine destruktive Konfrontation mit dem Westen angestrebt, wie man sie etwa aktuell an Russlands Kurs erkennen kann: China ist durchaus zu einer Koexistenz bereit, auch zu einer gewissen Verflechtung, solange der eigene Einfluss und die Kerninteressen gewahrt bleiben.

Wer ist denn wirtschaftlich abhängiger? Europa von China oder China von Europa?

Das kommt darauf an, welche Güterklasse man betrachtet. Die Autoindustrie ist zum Beispiel sehr ab-

hängig von China, teilweise auch die Chemiebranche. Als Land ist Deutschland beim Import von sogenannten Seltenen Erden, die wir für verschiedene Industriegüter brauchen, stark abhängig. Als ganze Volkswirtschaft sind die Europäische Union und die USA aber nach wie vor am wichtigsten für uns. China benötigt andererseits gewisse Technologien aus Deutschland.

Wie also sollte man mit dem Land umgehen?

Trotz aller totalitären Verhärtung, die dort seit Jahren zu beobachten ist, muss man China als gewichtigen Akteur sehen. Noch braucht und will Xi Jinping in manchen Bereichen Kooperationen und Einbindung. Aber wir müssen mit sehr, sehr klaren roten Linien in die Zusammenarbeit gehen. Nicht nur in Hinsicht auf unsere eigenen Interessen und Werte wie etwa Rechtsstaatlichkeit und Reziprozität, also Gegenseitigkeit. Sondern auch mit Blick auf diejenigen Teile der chinesischen Bevölkerung, die sich ebenfalls ein anderes China wünschen. ◇